

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 58 (1979)
Heft: 4

Artikel: Einheit der Linken
Autor: Miville-Seiler, Carl
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339530>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

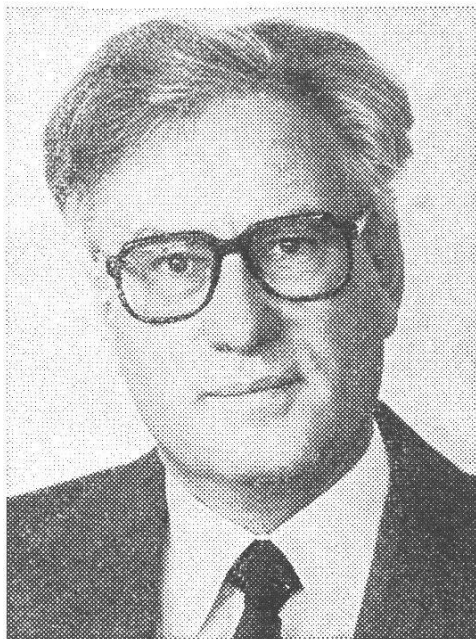
Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Carl Miville-Seiler

«Einheit der Linken»

Eine sozialdemokratische Stellungnahme



Ausgangslage

In der «Progressiven Zeitung», Ausgabe Mitte Februar 1979, finden sich Artikel des PSA-Nationalrats Werner Carobbio: «Für den Sozialismus in der Schweiz: Einheit der klassenbewussten Linken» (erschieden auch im «Vorwärts» vom 15. Februar 1979), von POCH-Zentralsekretär Eduard Hafner: «Einheit in der Aktion herstellen und entwickeln» sowie von Karl Odermatt, Mitglied des Politischen Büros der PdA: «Alternativen zur Politik des Monopolkapitalismus». Die Redaktion des «Vorwärts» hat mich dazu eingeladen, eine sozialdemokratische Stellungnahme zu dieser Diskussion beizutragen.

Werner Carobbio befürwortet eine Zusammenarbeit der nicht-sozialdemokratischen Linken (POCH, PSA, PdA, RML) als «Aktionseinheit» auf Grund eines «konkreten Programms» sowie den Dialog und die Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie. Ihr wirft er vor, sie ordne sich zuweilen dem Bürgertum unter. Er ruft an verschiedenen Stellen seines Artikels nach Analysen, ist bereit, die Diskussion über «heisse Themen» zu führen wie zum Beispiel über die Erfahrungen mit dem «real existierenden Sozialismus» und über das Verhältnis zwischen Sozialismus einerseits und Demokratie, Freiheiten und Pluralismus andererseits. Er möchte im weiteren «einen Einfluss auf die sozialdemokratische Basis ausüben» sowie «deren politische Linien mehr nach links stossen». Eduard Hafner schlägt Ähnliches vor. Er beklagt die Zurückhaltung der SP mit Bezug auf die «Einheit der Aktionen», will die Sozialpartnerschaftsideologie zurückdrängen und erhofft von solchen gemeinsamen Aktionen «ein Potential

von Eigendynamik . . ., die unter Umständen nicht mehr so leicht unter Kontrolle genommen werden kann und die die Kräfte innerhalb der Sozialdemokratie, die ebenfalls die Einheit der gesamten Linken auf der Basis eines antikapitalistischen Programms anstreben, wesentlich stärken kann».

Anders ist die Tonlage bei Karl Odermatt. Er schlägt einen Vereinheitlichungsprozess vor, damit die demokratisch-revolutionären Kräfte für den reformistischen Teil der Arbeiterbewegung und andere nichtmonopolistische Schichten «bündnisfähiger werden». Er fordert zum Beispiel dazu auf, sich betreffend «2. Säule» etwas einfallen zu lassen, «gemeinsame Nenner» mit SP und Gewerkschaften zu finden.

Erste Feststellungen zu diesem «Auftakt»: Jede Analyse – die Carobbio so nachhaltig fordert – hat auszugehen von den Stärke- und damit von den Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb der Schweizer Linken. Dann erkennt man nämlich, dass die Sozialdemokratie über einen Viertel der schweizerischen Wähler hinter sich schart, während die «nichtpartnerschaftliche Linke» – oder wie man sie bezeichnen will – seit jeher und auch heute noch zwischen 3 und 5 Prozent der Wähler mobilisieren kann. Von 200 Nationalräten, auf Grund des Proporz gewählt, gehören ihrer 55 der SP an, während die übrigen Linksparteien ganze 5 Mandate halten, davon kein einziges in der deutschsprachigen Schweiz. Das ist das Ergebnis einer geschichtlichen, vertrauensbildenden Entwicklung, gekennzeichnet dadurch, dass die Hebung der Schweizer Arbeiterklasse auf ihren heutigen Stand, die Schaffung und Gestaltung der Sozialpolitik und Sozialversicherung und des breit gestreuten Wohlstandes in unserem Lande Werk der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften – und von niemandem sonst! – ist. Die Sozialdemokratie hat diese Gesellschaft und ihre Wirtschaft in hundertjähriger Arbeit demokratischer und sozialer gemacht – sie und niemand sonst! Sie wird sich daher von anderen Kräften weder nach links noch sonstwohin stossen oder Keile zwischen Führung und Basis treiben lassen, wie das von kommunistischer Seite schon früher erfolglos versucht worden ist.

Spaltungen . . .

Die Spaltung der politischen Linken in Sozialdemokraten und Kommunisten im Jahre 1921 vollzog sich vor dem weltgeschichtlichen Hintergrund der russischen Revolution und der Gründung der bolschewistischen III. Internationale und war daher wohl unvermeidlich. Was sich voneinander trennte, waren zwei völlig verschiedene Konzeptionen sowohl mit Bezug auf den Sozialismus selbst als auch vor allem auf den Weg zu demselben. Die Schweizer Sozialdemokratie, das heisst die Mehrheit ihrer Mitglieder, konnte die 21 Aufnahmebedingungen der III. Internationale nicht akzeptieren, denn sie beruhten auf den Leninschen Organisationsprinzipien einer Kaderpartei, wie sie sich aus den besonderen Bedingungen des

schwierigen Neubeginns im ehemaligen Zarenreich ergeben hatten. Diese Maximen des demokratischen Zentralismus und der Fortführung des Klassenkampfes nach der Revolution führten später zusammen mit verhängnisvollen Interpretationen der proletarischen Diktatur und des dialektischen Materialismus zum Stalinismus, zu seinen entsetzlichen Irrwegen sowie zu einer opferreichen Degeneration des Sowjetsystems. Zu den geschichtlichen Verdiensten der Sozialdemokratie – insbesondere in den dreissiger und vierziger Jahren unseres Jahrhunderts – gehören neben dem Kampf gegen Faschismus und Nationalsozialismus sowie gegen die sozialen Krisen- und Kriegsfolgen für die schweizerische Arbeitnehmerschaft (Kriseninitiative, Plan der Arbeit, «Neue Schweiz») vor allem die ständigen und mutigen Warnungen vor dem Stalinismus. Sie wurden von den Kommunisten nicht begriffen oder nicht akzeptiert, obwohl die Schauprozesse gegen Revolutionäre, die zum Teil in neuerer Zeit rehabilitiert worden sind, zeigten, wohin Stalins Weg führte. Heute verfechten die Eurokommunisten Standpunkte, die sie früher als «Sozialfaschismus» oder «Sozialdemokratismus» verhöhnt haben, nämlich den Parteien-Pluralismus, die Hochhaltung der demokratischen Rechte und individuellen Freiheiten und ähnliche Werte, die vor Zeiten als «bourgeoise Vorurteile» gegolten haben.

Die zweite Spaltung, welche zur Gründung der PdA führte, war wohl ebenso unvermeidlich, denn auch sie hatte internationale Hintergründe, nämlich den Sieg der Roten Armee über Hitler-Deutschland mit einem entsprechenden Auftrieb der kommunistischen Ideen und Bewegungen. Er führte dazu, dass Karl Hofmaier und Léon Nicole 1943 die im Gange befindlichen Einheitsbesprechungen und -massnahmen zwischen SP und – verbotener – KP abblockten und zum Boykott der SP-Listen bei den Nationalratswahlen aufriefen. Die SP gewann dann trotz dieser «Katastrophenpolitik» 11 Nationalratsmandate.

War es eine Art von dritter Spaltung, als junge Kommunisten im Gefolge der 68er Bewegung nicht PdA-Mitglieder werden oder bleiben, wohl aber eine neulinke Partei, die POCH, aufbauen wollten? Seither haben wir zwei massgebliche kommunistische Parteien in der Schweiz, die eine von traditionellem Zuschnitt, in der Arbeiterklasse verankert, dem Sowjet-Staatensystem doch noch recht nahestehend und der Sozialdemokratie gegenüber von bemerkenswerter Loyalität, die andere neuen Stils, zu einem schönen Teil aus bürgerlichen und Universitätskreisen rekrutiert, die Blicke eher nach Havanna, Algier und Tripolis gerichtet als nach Moskau und der Sozialdemokratie spinnefeind, wie jeder Abonnent und fleissige Leser der «Progressiven Zeitung» weiss.

Dass diese zwei kommunistischen Parteien ihre Kräfte möglichst vereinigen wollen, ist verständlich. Eine Fusion wäre – von ihrem Standpunkt und Interesse her gesehen – wohl weniger klug, denn bei solchen Operationen ergibt eines plus eins gewöhnlich nicht zwei, sondern anderthalb.

. . . und Allianzen

Die Zusammenarbeit in Sachfragen wird von der Sozialdemokratie seit Jahren nicht mehr rundweg abgelehnt, sondern Fall für Fall erwogen, geprüft und oft auch praktiziert. Wo sie der Durchsetzung sozialer und demokratischer Anliegen und Interessen der Arbeitnehmer, Mieter und Konsumenten dient, ist dagegen nichts einzuwenden. Mehr – zum Beispiel im Sinne des von Karl Odermatts anvisierten «Vereinheitlichungsprozesses» – liegt von der SP aus gesehen nicht drin. Schon gar nicht im Hinblick auf die POCH. Diese haben gerade in jüngster Zeit mit ihrer demonstrativen Passivität bei der baselstädtischen Ständerats-Ersatzwahl und mit ihrer Weigerung, die sozialdemokratischen Regierungskandidaten im Kanton Zürich zu unterstützen, gezeigt, wie wenig ihnen an Strategien und Erfolgen der gesamten Linken gelegen ist.

Die Politik der POCH zielt nicht auf Erfolge hin, sondern geht darauf aus, mit übertriebenen und unrealen Forderungen zwar die Niederlagen zu programmieren, dabei aber den Kapitalismus zu konfrontieren und zu demaskieren. Wer ihnen dabei hilft, wird in diese Niederlagen hineingerissen. Beispiele waren die 40-Stunden-Woche-Initiative und das Volksbegehren auf Herabsetzung des AHV-Alters, die von der Arbeiterschaft mit sicherem Instinkt für das Mögliche und Machbare in ihren Quartieren und Lokalen abgelehnt worden sind. Die POCH sind von einem guten Kenner ihrer Partei, von Redaktor Franz Hophan, folgendermassen charakterisiert worden:

«Das Dilemma der POBL, die für sich in Anspruch nehmen, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, besteht darin, dass grosse Teile dieser Arbeiterklasse von ihrem Glück nichts wissen wollen . . . Den ‚Lohnabhängigen‘, wie die POBL die Arbeiterklasse definieren, geht es in der Mehrzahl zu gut, als dass sie sich als Ausgebeutete fühlen und bereit wären, den erreichten Besitzstand auf Grund unsicherer politischer Verheissungen aufs Spiel zu setzen . . . Der Versuch, eine konsequente Linkspolitik auch gegen die SP zu führen, verurteilt die POBL in der Praxis weitgehend zur Erfolglosigkeit.»

Es ist nötig, dass die PdA-Genossen solches zur Kenntnis nehmen und gut bedenken, damit sie wissen wie der Mitstreiter/Konkurrent beschaffen ist, mit dem sie sich näher einlassen wollen.

Die Politik der Sozialdemokratie

Werner Carobbio möchte den Dialog und die Auseinandersetzung mit der SP – wie er sich ausdrückt –, aber es soll sich dabei «nicht vor allem um eine Kritik auf theoretisch-ideologischer Ebene» handeln.

Doch genau davon muss die Rede sein, denn vorläufig ist es noch so, dass wir uns über grundlegende politische Fragen – Demokratie und Diktatur – uneins sind und völlig verschiedene gesellschaftliche Vorstellungen hegen. Je mehr sich im Weltkommunismus die Ideen und Vorschläge der

Eurokommunisten durchsetzen, um so eher wird von Einheit die Rede sein können. Wie aber sieht die Praxis vorderhand noch aus? Ein Idi Amin kann in Uganda morden so viel er will – kein Kommunist riskiert eine Lippe der Kritik, so lange Idi weltpolitisch im «richtigen Lager» steht. In Kampuchea konnte sich ein Massenmord-Regime breit machen, dessen Greuel nun wirklich nicht zu übersehen waren, aber eine kommunistische Verurteilung gab es erst, als Vietnam und hinter ihm die Sowjetunion mit der militärischen Intervention die Signale setzten.

Wer die sozialdemokratische Politik unter Aspekten einer gesamten Linken beurteilt, muss folgendes sehen: hier ist aus einer Partei des Gedankens und der restlosen Opposition – die sie bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts gewesen ist – eine Partei der Tat, der Verwirklichung und der Mitverantwortung für das Bestehende geworden – bei allem ungebrochenen Willen, dieses Bestehende weiterhin und radikal zu verändern, auf strikt demokratische Weise und Schritt für Schritt, «auf rosaroten Pfoten» ist die Methode schon benannt worden. Für diesen Wandel waren weniger ideologische Prozesse massgebend – diese hinkten gewöhnlich der realen Entwicklung der Dinge nach –, als ganz einfach die von den Wählern zugewilligte Stärke in den meisten Kantonen und grösseren Gemeinwesen. Die zentrale Problematik der SP ist ihre Doppelrolle als Trägerin sozialistischer Zukunftsvorstellungen und zugleich als Regierungspartei, die zum Beispiel über die für Kommunisten eher belanglose Tatsache nicht hinwegsehen kann, dass von einem Staat oder von einer Sozialversicherung letztlich nicht mehr erwartet werden kann, als man in Form von Steuern und Prämien in sie investiert hat.

Zwischen westlichem Monopol- und östlichem Staatskapitalismus und zwischen den beiden entsprechenden Imperialismen verfolgt die Sozialdemokratie einen Weg, der durch Betonung der Solidarität, der sozialen Gerechtigkeit, der Chancengleichheit, der allgemein zugänglichen Bildung, der Freiheit und der internationalen Zusammenarbeit zu einer humanen Gesellschaftsordnung führen soll.